Stand: 23.04.2024 17:24:27

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/626

"Projektstand des Digitalfunks in Bayern für die Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste"

Vorgangsverlauf:

1. Antrag 16/626 vom 19.02.2009
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/1464 des KI vom 28.05.2009
3. Beschluss des Plenums 16/1558 vom 18.06.2009
4. Plenarprotokoll Nr. 23 vom 18.06.2009

Bayerischer Landtag
16. Wahlperiode

Drucksache 16/**626**
19.02.2009

Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote, Christine Kamm, Renate Ackermann, Dr. Sepp Dürr, Thomas Gehring, Eike Hallitzky, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Barbara Rütting, Dr. Martin Runge, Maria Scharfenberg, Theresa Schopper, Adi Sprinkart, Christine Stahl, Susanna Tausendfreund, Simone Tolle** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Projektstand des Digitalfunks in Bayern für die Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, einen Bericht über die Schritte zur Einführung des Digitalfunks für Polizei, Rettungsdienste und Feuerwehren und dessen Finanzierung zu geben.

In dem Bericht ist einzugehen auf folgende Fragen:

1. Wie ist der aktuelle Projektstand zur Einführung des Digitalfunks für Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste in Bayern?
2. Welche Kosten kommen auf die Polizei und welche auf die Kommunen als Träger der öffentlichen Feuerwehren durch die Einführung des Digitalfunkes zu, welche für die sonstigen Rettungsdienste?
3. Plant die Staatsregierung ein Förderprogramm für Endgeräte bei den öffentlichen Feuerwehren und bei den anderen Rettungsdiensten und in welcher Höhe ist der Anteil der Finanzierung des Freistaates Bayern an den Gesamtkosten, die bei der Umrüstung auf die Kommunen als Träger der Feuerwehren zukommen?
4. Welche Bundesländer außer Bayern planen die Einführung der Alarmierung der Feuerwehren im Digitalfunknetz?
   a) Stehen geeignete Pager auch dann in ausreichender Anzahl zur Verfügung und ist deren Wartung und Weiterentwicklung – auch langfristig – gesichert, wenn nur ein kleiner Teil der Bundesländer Feuerwehren und Rettungsdienste auf den Digitalfunk umstellt?
   b) Für welchen Zeitraum müssen die derzeitigen Alarmierungs-Analognetze parallel zu dem Digitalfunknetz betrieben werden?
5. Bestehen Planungen für den Ersatz des Fahrzeugfunks und des Einsatzstellenfunks der Feuerwehren?
6. Sollen vorhandene Gebäudefunkanlagen umgerüstet werden und wer trägt die Kosten dafür?

Begründung:

Noch nicht hinreichend geklärt ist, wie der naht- und reibungslose Ablauf der Kommunikation zwischen Polizei und den Rettungsdiensten und den Feuerwehren, die hochkomplexe analoge Funksysteme betreiben, während und nach der Umstellung der Polizei auf den Digitalfunk sichergestellt werden wird. Auch die Finanzierung des Vorhabens bezüglich der Feuerwehren und der Rettungsdienste ist derzeit noch ungeklärt.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag
16. Wahlperiode

Drucksache 16/**1464**
28.05.2009

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 16/**626**

Projektstand des Digitalfunks in Bayern für die Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatterin: **Susanna Tausendfreund**
Mitberichterstatter: **Otto Zeitler**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 8. Sitzung am 25. März 2009 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 32. Sitzung am 28. Mai 2009 mitberaten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Dr. Gabriele Pauli
Vorsitzende

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag
16. Wahlperiode
Drucksache 16/**1558**
18.06.2009

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote, Christine Kamm, Renate Ackermann, Dr. Sepp Dürr, Thomas Gehring, Eike Hallitzky, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Barbara Rütting, Dr. Martin Runge, Maria Scharfenberg, Theresa Schopper, Adi Sprinkart, Christine Stahl, Susanna Tausendfreund, Simone Tolle** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 16/**626**, 16/**1464**

Projektstand des Digitalfunks in Bayern für die Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste

Die Staatsregierung wird aufgefordert, einen Bericht über die Schritte zur Einführung des Digitalfunks für Polizei, Rettungsdienste und Feuerwehren und dessen Finanzierung zu geben.

In dem Bericht ist einzugehen auf folgende Fragen:

1. Wie ist der aktuelle Projektstand zur Einführung des Digitalfunks für Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste in Bayern?
2. Welche Kosten kommen auf die Polizei und welche auf die Kommunen als Träger der öffentlichen Feuerwehren durch die Einführung des Digitalfunkes zu, welche für die sonstigen Rettungsdienste?
3. Plant die Staatsregierung ein Förderprogramm für Endgeräte bei den öffentlichen Feuerwehren und bei den anderen Rettungsdiensten und in welcher Höhe ist der Anteil der Finanzierung des Freistaates Bayern an den Gesamtkosten, die bei der Umrüstung auf die Kommunen als Träger der Feuerwehren zukommen?
4. Welche Bundesländer außer Bayern planen die Einführung der Alarmierung der Feuerwehren im Digitalfunknetz?
   a) Stehen geeignete Pager auch dann in ausreichender Anzahl zur Verfügung und ist deren Wartung und Weiterentwicklung – auch langfristig – gesichert, wenn nur ein kleiner Teil der Bundesländer Feuerwehren und Rettungsdienste auf den Digitalfunk umstellt?
   b) Für welchen Zeitraum müssen die derzeitigen Alarmierungs-Analognetze parallel zu dem Digitalfunknetz betrieben werden?
5. Bestehen Planungen für den Ersatz des Fahrzeugfunks und des Einsatzstellenfunks der Feuerwehren?
6. Sollen vorhandene Gebäudefunkanlagen umgerüstet werden und wer trägt die Kosten dafür?

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

Abstimmung

über eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 GeschO nicht einzeln beraten werden (s. a. Anlage 7)

Vorweg lasse ich einzeln über die Listennummer 6, das ist der Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion betreffend "Förderung von Beschneiungsanlagen und Seilbahnen" auf der Drucksache 16/754, abstimmen. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie empfiehlt auf Drucksache 16/1473 die unveränderte Annahme. Wer dem Dringlichkeitsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die CSU-Fraktion und die FDP-Fraktion. Gegenstimmen? - Das sind die drei anderen Fraktionen und Frau Pauli. Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen zur Verfassungsstreitigkeit und den übrigen Anträgen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(siehe Anlage 7)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das müssen bitte alle sein. Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist das so angenommen. Der Landtag übernimmt die jeweiligen Voten.

Außerhalb der Tagesordnung gebe ich gemäß § 26 Absatz 2 der Geschäftsordnung bekannt, dass die Fraktion der Freien Wähler mitgeteilt hat, dass Frau Dr. Gabriele Pauli als Mitglied des Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit ausscheidet. An ihrer Stelle wurde als neues Mitglied Herr Bernhard Pohl benannt.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die Verfassungsstreitigkeit und die nicht einzeln zu beratenden Anträge zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 6)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeit

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 9. April 2009 (Vf. 9-VII-09) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Verordnung des Landkreises Rosenheim über das Landschaftsschutzgebiet „Inntal Süd“ vom 31. Oktober 2007 (ABl 2008 S. 7)
PII/G-1310/09-6
Drs. 16/1435 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
Z	Z	Z	A	Z

Anträge

2. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachdrucke von NS-Propaganda
Drs. 16/330, 16/1477 (G)

Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 Satz 3 GeschO
Votum des mitberatenden Ausschusses für
Bildung, Jugend und Sport

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
Z	Z	Z	Z	Z

3. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Projektstand des Digitalfunks in Bayern für die Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste
Drs. 16/626, 16/1464 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	**SPD**	**FW**	**GRÜ**	**FDP**
Z	Z	Z	Z	Z

4. Antrag der Abgeordneten Christian Meißner u.a. CSU, Dr. Andreas Fischer, Dr. Franz Xaver Kirschner, Julika Sandt u.a. FDP
Fluggastdatenregelung der EU
Drs. 16/708, 16/1436 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	**SPD**	**FW**	**GRÜ**	**FDP**
Z	Z	Z	Z	Z

5. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Konjunkturprogramm II nachhaltig umsetzen
Drs. 16/752, 16/1425 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	**SPD**	**FW**	**GRÜ**	**FDP**
A	A	A	Z	A

6. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Erwin Huber, Klaus Stöttner und Fraktion (CSU)
Förderung von Beschneiungsanlagen und Seilbahnen
Drs. 16/754, 16/1473 (G)

Über den Dringlichkeitsantrag ist gesondert abzustimmen.

7. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Stefan Schuster, Christa Naaß u.a. SPD
Junge Lehrerinnen und Lehrer unterstützen
Drs. 16/795, 16/1467 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	**SPD**	**FW**	**GRÜ**	**FDP**
A	Z	ENTH	Z	A

8. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FW)
Erstattung Abwrackprämie auch für gemeinnützige Vereine
Drs. 16/891, 16/1472 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
Z	Z	Z	A	Z

9. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Freie Wahl der Ausbildungsrichtung an den Berufsoberschulen (BOS)
Drs. 16/901, 16/1400 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung, Jugend und Sport

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
A	ENTH	Z	Z	A

10. Antrag der Abgeordneten Stefan Schuster, Martin Güll, Diana Stachowitz u.a. SPD
Personalbedarfsberechnung für die bayerischen Finanzämter
Drs. 16/904, 16/1468 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
A	Z	Z	Z	A

11. Antrag der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer, Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. und Fraktion (SPD)
Einrichtung einer Kinderkommission im Landtag
Drs. 16/742, 16/1487 (Erledigt erklärt)

12. Antrag der Abgeordneten Brigitte Meyer, Renate Will, Julika Sandt u.a. FDP, Georg Schmid, Thomas Kreuzer, Karl Freller u.a. und Fraktion (CSU)
Einsetzung einer Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder im Landtag
Drs. 16/905, 16/1488 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
Z	Z	Z	Z	Z

13. Antrag der Abgeordneten Annemarie Biechl u.a. CSU,
Thomas Dechant, Tobias Thalhammer, Dr. Annette Bulfon u.a. FDP
Signal für kleine landwirtschaftliche Betriebe, Nebenerwerbsbetriebe und Sonderkulturbetriebe
Drs. 16/940, 16/1490 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	**SPD**	**FW**	**GRÜ**	**FDP**
Z	Z	Z	ENTH	Z

14. Antrag der Abgeordneten Annemarie Biechl, Gerhard Eck, Alexander König u.a. CSU,
Thomas Hacker, Tobias Thalhammer, Thomas Dechant FDP
Veröffentlichungspflicht für Zuwendungen an Landwirte stoppen!
Drs. 16/958, 16/1491 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	**SPD**	**FW**	**GRÜ**	**FDP**
Z	A	Z	A	Z

15. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FW)
Statistische Erhebungen zum Übertrittsverfahren einleiten
Drs. 16/1108, 16/1478 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung, Jugend und Sport

CSU	**SPD**	**FW**	**GRÜ**	**FDP**
Z	Z	Z	Z	Z

16. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Maget, Dr. Thomas Beyer, Adelheid Rupp u.a. und Fraktion (SPD)
Transparenz, Flexibilität und Kommunalfreundlichkeit bei der Umsetzung des Kommunalen Investitionsprogramms
Drs. 16/921, 16/1465 (A) [X]

Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, der den Antrag für erledigt erklärt hat.